

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0128/2017/BV

Datum:
30.03.2017

Federführung:
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters

Beteiligung:

Betreff:

**Resolution für ein eigenständiges Polizeipräsidium in
Heidelberg**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 03. April 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Gemeinderat	30.03.2017	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat beschließt folgende Resolution:

Das Land soll ein eigenständiges Polizeipräsidium Heidelberg einrichten, um der Sicherheitssituation in Heidelberg und in der gesamten Region gerecht zu werden. Das Innenministerium billigt der Region aufgrund der strukturellen Unterschiede im Bereich des Rettungswesens zwei Leitstellen zu. Dieser Unterschiedlichkeit muss das Land folgerichtig auch in der Polizeiarbeit Rechnung tragen. Heidelberg darf nicht die einzige Großstadt in Baden-Württemberg ohne eigenes Polizeipräsidium sein. Das Land muss die Zahl der Polizeikräfte in der gesamten Region deutlich erhöhen, um sowohl das Sicherheitsniveau als auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Heidelberg und der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar dauerhaft wieder zu verbessern.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
keine	
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
keine	

Zusammenfassung der Begründung:

In der Vorlage soll eine Resolution für ein eigenständiges Polizeipräsidium in Heidelberg beschlossen werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 30.03.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 30.03.2017:

27 **Resolution für ein eigenständiges Polizeipräsidium in Heidelberg** Vorlage 0128/2017/BV

Wie bereits vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt gegeben, bittet Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner lediglich um ein Stimmungsbild des Gemeinderates aufgrund des vom Land vorgelegten Evaluationsberichtes und der aktuellen Polizeistatistik, die einen erneuten Anstieg der Kriminalitätsfälle in Heidelberg belege. Ihm sei klar, dass eine Beschlussfassung heute rechtlich nicht möglich sei und ein solches Thema intensiver besprochen werden müsse. Insofern werde aus der Beschlussvorlage eine Informationsvorlage. Aufgrund der Dringlichkeit dieses Themas und der Verwaltung kurzfristig zugegangenen Evaluationsberichtes sei jedoch ein normaler Sitzungsablauf nicht realisierbar und ein sofortiges Handeln zwingend erforderlich.

Kritisch sieht der Oberbürgermeister, dass Heidelberg im Evaluationsbericht nicht genannt sei, obwohl anhand der Zahlen zu belegen sei, dass Heidelberg den größten Zuwachs in den Bereichen Gewaltkriminalität (plus 8,5 Prozent – nach einer Steigerung um 59 Prozent im Vorjahr) und Rauschgift (plus 53 Prozent) in ganz Baden-Württemberg zu verzeichnen habe. Diese negative Entwicklung sei nicht hinnehmbar, eine Überarbeitung der Evaluation dringend notwendig.

Im Verlauf der Diskussion wird einerseits das Vorgehen der Verwaltung und des Oberbürgermeisters kritisiert. Eine Vorberatung im Fachausschuss sei zwingend geboten. Darüber hinaus müsse zusammen mit dem Polizeipräsidenten, Herrn Köber, im nächsten Haupt- und Finanzausschuss, wenn die Beratung der aktuellen Kriminalitätsstatistik bevorstehe, besprochen werden, was getan werden könne, um die Sicherheit zu erhöhen. Ein eigenständiges Polizeipräsidium verschaffe alleine noch keine zusätzlichen Polizeikräfte auf der Straße. Dass die Zahl der Polizeikräfte deutlich erhöht werden müsse, könne jeder unterstützen. Alles Weitere müsse genau betrachtet und beraten werden.

Andererseits wird gelobt, dass das Thema aufgegriffen werde. Man glaube, dass mit der Polizeireform gute Ziele verfolgt werden sollten. Nun müsse man sich aber die Ergebnisse genau anschauen, vor allen Dingen die Auswirkungen auf Heidelberg. Die im Rahmen der Evaluation durchgeführte Befragung der Polizeikräfte habe ergeben, dass das zentrale Ziel der Reform, mehr Präsenz auf der Straße zu zeigen, gerade in Heidelberg nicht erreicht worden sei. Deshalb sei es wichtig, ein Signal an die Landesregierung zu senden, weil in den nächsten Wochen eine politische Entscheidung auf Landesebene fallen werde.

Stadträtin Stolz stellt im Verlauf der Diskussion den **Geschäftsordnungsantrag** auf

Ende der Rednerliste

Der Antrag wird von der Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates unterstützt. Aufgrund dessen werden die verbleibenden Wortmeldungen der Reihe nach aufgerufen.

Stadtrat Holschuh stellt den **Antrag** auf

Sitzungsunterbrechung

um zu besprechen, inwieweit man sich auf einen Text verständigen könne.

Diesem Antrag wird nicht widersprochen. Somit folgt Sitzungsunterbrechung von 20.14 Uhr bis 20.28 Uhr.

Nach der Sitzungspause einigt man sich auf folgendes Meinungsbild:

„Wir benötigen Transparenz über das Gutachten in Bezug auf die Detaildaten zu Heidelberg Das Land muss die Zahl der Polizeikräfte in der gesamten Region deutlich erhöhen, um sowohl das Sicherheitsniveau als auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Heidelberg und der gesamten Metropolregion Rhein-Neckar dauerhaft wieder zu verbessern. Dies kann erreicht werden durch ein eigenständiges Polizeipräsidium Heidelberg oder durch alternative strukturelle Maßnahmen, die der aktuellen Sicherheitssituation gerecht werden.“

Dieses Meinungsbild wird von der Mehrheit des Gemeinderates durch Handzeichen bekräftigt.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz wie auch Stadtrat Schestag beanstanden dieses Verfahren.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Empfehlung

Begründung:

Das baden-württembergische Innenministerium hat am 29. März 2017 einen Evaluationsbericht zur Polizeireform vorgelegt. Das wirtschaftlich gut aufgestellte Land Baden-Württemberg hat dem Bericht zufolge bezogen auf die Zahl seiner Einwohnerinnen und Einwohner die schwächste Polizeiausstattung aller Bundesländer. Das Ziel, durch die Reform mehr Polizisten aus internen Tätigkeiten für die Arbeit in den Revieren zu verlagern, wurde bislang nicht erreicht.

Der Evaluationsbericht betont die Bedeutung einer ortsnahen Bekämpfung der lokalen Kriminalität, vor allem in den Bereichen Gewalt, Raub, Einbruch und Drogenhandel. Die starke Zentralisierung von Organisationseinheiten habe die lokale Kriminalität „teilweise außer Acht gelassen“, obwohl diese von besonderer Bedeutung für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sei.

Die aktuelle Polizeistatistik belegt einen erneuten Anstieg der Kriminalitätsfälle in Heidelberg.

Insbesondere die Zuwächse in den Bereichen Gewaltkriminalität (plus 8,5 Prozent – nach einer Steigerung um 59 Prozent im Vorjahr) und Rauschgift (plus 53 Prozent) sind besorgniserregend. Sowohl Mannheim als auch Heidelberg zählen zu den vier Städten mit der höchsten Kriminalitätsrate in Baden-Württemberg.

Die Akteure des Polizeipräsidiums Mannheim leisten individuell sehr gute Arbeit. Sie stoßen bei der Fülle und Größe der Aufgaben in der Metropolregion jedoch an strukturelle Grenzen. Die Stadt Mannheim stellt ein deutlich anderes Aufgabenprofil als Heidelberg.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2016
02	Abschlussbericht der Evaluation der Polizeistrukturereform Baden-Württemberg